

KURZ UND PRÄGNANT

Polizisten überwacht und vom VS bespitzelt

Zur Polizisten-Überwachung des Landesamtes für Verfassungsschutz (in der „Toilettenpapieraffäre“) sagte MdL Katharina König: „Erneut zeigt sich die nicht vorhandene Demokratiekompetenz des Landesamtes für Verfassungsschutz. Polizisten, die Vorgänge innerhalb des Landeskriminalamtes oder gar des Innenministeriums kritisch bewerten, werden überwacht und bespitzelt.“ Dies unterstreiche, wie notwendig eine unabhängige Polizeibeschwerdestelle gerade auch für Polizisten sei. „In den bisherigen Strukturen gibt es keine Möglichkeit, berechtigte Kritik zu äußern – im Gegenteil, man muss bei kritischen Äußerungen gar noch damit rechnen, dass Vertreter des Innenministeriums Verfassungsschützer zur Überwachung und Kontrolle einsetzen.“ Wieviel Ressourcen personeller und finanzieller Art das Thüringer Innenministerium in die Aufklärung gestohlener Klopapierrollen lege und dazu sogar RFID-Chips zur Überwachung anschaffe, sei erschreckend. Wenn trotzdem immer wieder die Notwendigkeit des Thüringer Verfassungsschutzes betont werde, könne sie dies nur noch als zynisch einordnen. Die Linksfraktion fordert nun Aufklärung über Details zur Bespitzelung der Polizisten und möglicherweise auch zu ausgespähnten Medienvertretern. Die Abgeordnete hat dazu eine Kleine Anfrage an die Landesregierung eingereicht. ■

NPD-Mandatsträger in 98 Fällen vorbestraft

Zur Kommunalwahl 2014 zogen 50 der neonazistischen Szene zurechnenden Personen als Mandatsträger für die NPD bzw. das „Bündnis Zukunft Hildburghausen“ in Thüringer Kommunalparlamente ein. „Damit hat sich auch die Anzahl der offiziell vorbestraften Neonazis in den Kommunalparlamenten vervielfacht“, so Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion, zu vorliegende Antworten der Landesregierung auf Kleine Anfragen von ihr.

Waren es bei der Kommunalwahl 2009 noch zehn von 25 extrem rechten Mandatsträgern, die in 39 Fällen verurteilt wurden, so sind es jetzt 20 von 50 Mandatsträgern, die zusammen auf 98 Verurteilungen kommen, darunter 36 Körperverletzungen oder gefährliche Körperverletzungen, aber auch Landfriedensbrüche, Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion oder unerlaubter Umgang mit Explosivstoffen sowie unerlaubter Besitz einer verbotenen Waffe und mehrfache Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

34 Straftaten wurden laut Statistik auch klar als „politisch rechts motiviert“ eingeordnet. So gab es in neun Fällen Haftstrafen, in 22 Fällen eine Freiheitsstrafe, deren Vollstreckung zur Bewährung ausgesetzt wurde, in 49 Fällen eine Geldstrafe. Dies unterstreiche, dass „die NPD keine demokratische Partei ist, sondern ein Sam-

melbecken für neonazistische Gewaltstraftäter und Anhänger einer menschenverachtenden Ideologie, die grundsätzlich auf Ausgrenzung und Diskriminierung basiert und immer wieder in gewalttätigen Übergriffen Ausdruck findet“, betonte Katharina König.

NPD-Landtagskandidaten mit Kontakt zum NSU-Kerntrio

Aus den Antworten der Landesregierung gehe außerdem hervor, dass sich unter den 50 gewählten Personen der extremen Rechten, welche insgesamt 62 kommunale Mandate in Thüringen errungen haben, auch 24 Personen befinden, die neben der NPD in neonazistischen Aktionsgruppen, Kameradschaften und „Freies Netz“-Ablegern sowie anderen extrem rechten Zusammenschlüssen in Thüringen aktiv waren oder sind, darunter die „Aktionsgruppe Nordhausen“, das „Freie Netz Jena/Kahla“ und die „Freien Kräfte Erfurt“.

Fünf NPD-Abgeordnete werden vom Innenministerium als (lokale) Führungspersonlichkeiten der neonazistischen Szene eingestuft, 13 sind in der Polizeidatei „Gewalttäter rechts“ gespeichert und eine Person in der Datei „Gewalttäter Sport“. Bei einem neonazistischen Mandatsträger liegt aus dem Jahr 2008 „ein unbestätigter Hinweis hinsichtlich Verbindungen zum Neonazi-Netzwerk ‚Blood&Honour‘ vor, welches bereits im Jahr 2000 bundes-

weit verboten wurde. Darüber hinaus werden fünf weitere Abgeordnete benannt, die im extrem rechten Vertriebswesen als Inhaber, Geschäftsführer oder in ähnlicher Position von ‚Szene-Läden‘ tätig waren oder sind.

Ähnlich zeigt sich die Listenaufstellung der NPD zur Landtagswahl in Thüringen. Katharina König: „Allein das Spitzenpersonal offenbart, wes Geistes Kind sie sind: Mit Patrick Wieschke, Gordon Richter und Jan Morgenroth sind drei ehemalige Mitglieder des ‚Thüringer Heimatschutzes‘ auf vorderen Listenplätzen gesetzt. Auf Platz zwei befindet sich der ehemalige FAP-Funktionär Thorsten Heise (Kameradschaft Northeim). Allesamt sind entsprechend vorbestraft, standen in Kontakt zum NSU-Kerntrio bzw. dem in Untersuchungshaft sitzenden mutmaßlichen NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben.“

In Thüringen besitzen Neonazis über ein Dutzend Immobilien bzw. haben Zugriff darauf, dazu kommen zahlreiche weitere Proberäume, Lagerhallen und Gaststätten, die regelmäßig für Treffen und Veranstaltungen genutzt werden. „Gerade dann, wenn Neonazis und Rassisten verstärkt Parlamente besetzen und Immobilien erwerben, gilt es, ihnen gemeinsam entgegenzutreten und den genutzten Raum streitig zu machen“, betonte die Landtagsabgeordnete. Die Linksfraktion unterstützt die Proteste in Eisenach gegen das dortige neue „Braune Haus“. ■

„Umfassende NSU-Aufklärung nur durch umfassende Aktenkenntnis“

Der Vorsitzende der hessischen SPD-Landtagsfraktion, Torsten Schäfer-Gümbel, hat bei einem Treffen am 2. September im Thüringer Landtag mit der ehemaligen Vorsitzenden des NSU-Untersuchungsausschusses, Dorothea Marx (SPD), an seine Kollegen in Hessen appelliert, die enge Zusammenarbeit mit den Abgeordneten in Thüringen zu suchen. Im Hessischen Landtag war im Mai ein NSU-Untersuchungsausschuss eingesetzt worden. Der Thüringer Ausschuss habe Maßstäbe gesetzt, hinter die man nicht zurückfallen dürfe.

Katharina König, ehemalige Obfrau für die Linksfraktion im Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss (unser Foto zeigt sie bei ihrer Rede im Sonderplenum des Landtags zum Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses am 22. August) hatte die Äußerungen des SPD-Politikers begrüßt und erklärt: „Die LINKE hat die von Schäfer-Gümbel geforderte enge Zusammenarbeit bereits direkt nach der Einsetzung begonnen und sich im Juli zu einem ersten Arbeitstreffen mit den hessischen Kollegen getroffen. Ebenfalls eingebunden ist die Bundestagsfraktion unserer Partei.“ Neben Fragen der Akten-



anforderung aus Thüringen und einem erstem Erfahrungsaustausch sei es bei dem dreistündigen Treffen auch bereits um inhaltliche Fragen gegangen.

So sehe die LINKE Anknüpfungspunkte für eine länderübergreifende Aufklärungsarbeit in der Zusammenarbeit der Behörden beider Länder, insbesondere aber in den engen Verbindungen thüringischer und hessischer Neonazis und ihrer Organisationen. „Wir haben in unseren Akten eine Reihe von Hinweisen entdeckt, die darauf schließen lassen, dass auch den Behörden die seit den neunziger Jahren bestehenden vielfältigen Verbindungen der Thüringer und der hessischen Neo-

naziszene bekannt gewesen sind. Hier gilt es, genauer hinzuschauen. Vor allem die Blood&Honour-Strukturen in und um Kassel und deren Kontakte auch zum Thüringer Heimatschutz und was die Behörden hiervon wussten, ist bisher kaum aufgeklärt.“

Katharina König signalisierte insbesondere auch Unterstützung für die von Schäfer-Gümbel geäußerte Forderung, es müsse eine umfassende Aktenvorlage erfolgen und dabei könne man im Bereich Verfassungsschutz nicht hinter die Standards in Thüringen zurückfallen. „Umfassende Aufklärung ist nur mit umfassender Aktenkenntnis möglich“, so die LINKE Abgeordnete. „Ein Schwärzen, Verschleiern oder Vorverhalten von Akten des hessischen Verfassungsschutzes darf es nicht geben. Um dies gegenüber der hessischen Landesregierung durchzusetzen, erhalten alle hessischen Abgeordneten, die sich konsequent für die Herausgabe der Akten an den Untersuchungsausschuss einsetzen, unabhängig von ihrer Fraktionszugehörigkeit die uneingeschränkte Unterstützung der Thüringer Linksfraktion.“ ■

Wahlkampfshow

Die Pressekonferenz von Innenminister Jörg Geibert am 5. September nach der Innenministerkonferenz in Weimar bezeichnete MdL Ralf Kalich als „billige Wahlkampfshow für die Thüringer CDU“. Die Reform des Verfassungsschutzes in Thüringen als Erfolg und Konsequenz der NSU-Aufklärung zu verkaufen, „spricht den Ergebnissen des NSU-Untersuchungsausschusses Hohn“. Nicht die Fortsetzung des V-Leute-Systems und der verbesserte Austausch hierüber seien die richtige Schlussfolgerung aus dem NSU-Skandal, sondern die Beendigung dieser Praxis. Statt einer Stabsstelle zur Integration des Landesamtes für Verfassungsschutz in das Innenministerium bedürfe es einer Struktur, die langfristig dessen Ersetzung durch eine Dokumentations- und Informationsstelle vorbereite.

„Erschreckend ist die Bereitschaft des Thüringer Innenministers, aus dem Elend von Flüchtlingen vor der Wahl politisches Kapital zu schlagen“, so der LINKE-Politiker zu den CDU-Bestrebungen, verstärkt abgelehnte Asylbewerber abzuschieben. Dies bediene ausländerfeindliche Vorurteile in der Gesellschaft, die es stattdessen zu bekämpfen gelte. ■